

**Flächendeckendes Netz niederschwelliger Anlaufstellen
für Kinder in München („Kinderinseln“)**

Projekt „Notinsel“ auch für Münchner Kinder

Antrag Nr. 02-08 / A 03948 der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN/RL
vom 19.09.2007

Bamberger Projekt „Gute Fee“ auch für München

Antrag Nr. 02-08 / A 04109 von Herrn StR Josef Schmid
vom 11.12.2007

Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 00035

11 Anlagen

Beschluss des Kinder- und Jugendhilfeausschusses vom 08.07.2008 (VB)

Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

Vorgeschichte

Zwei Stadtratsanträge der vergangenen Monate zielen darauf ab, in München flächendeckend ein System niederschwelliger Anlaufstellen für Mädchen und Jungen einzurichten, wenn sie auf ihren Wegen im Alltag in Bedrängnis oder Not geraten und sich allein nicht zu helfen wissen. Einmal handelt es sich um die Adaption des „Notinsel“-Konzeptes der Stiftung „Hänsel und Gretel“ (Karlsruhe), zum anderen um die der Aktion „Gute Fee“ (ursprünglich in Stuttgart entwickelt und in Bayern in Bamberg umgesetzt).

Zudem hat sich der Bayerische Handwerkstag mit der Bitte an den Oberbürgermeister gewandt, „Notinseln“ auch in München einzuführen.

2005/2006 wurde in München bereits geprüft, ob so genannte Kelly-Inseln als Ergänzung zu vorhandenen und geplanten Hilfsangeboten für Kinder im öffentlichen Raum geeignet seien. Kelly-Inseln verfolgen einen ähnlichen Arbeitsansatz wie Notinseln oder „Gute Fee“-Partner. Eine Umsetzung von Kelly-Inseln wurde in München vor zwei Jahren weder von der Fachbasis (Arbeitskreis Kinderschutz) noch von möglichen Partnerorganisationen (Einzelhandelsverband) befürwortet (siehe Anlage 1). In der Begründung hieß es: „So lange die Gefahr besteht, dass es in einer Großstadt wie München nicht gelingt, langfristig ein flächendeckendes Netz von Kelly-Inseln zu schaffen und so lange nicht gewährleistet

ist, dass die dort arbeitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zuverlässig über das Konzept informiert sind und angemessen reagieren, sollten bestehende und bewährte Präventionskonzepte unterstützt werden.“

In der Zwischenzeit haben andere deutsche Großstädte wie Hamburg, Berlin oder Bochum „Inseln für Kinder“ mit Erfolg eingeführt und verfügen über Erfahrungen, die für eine Etablierung auch in München nutzbar zu machen wären. Es gibt nach den bisherigen Recherchen noch etliche offene Fragen hinsichtlich des Konzeptes, der notwendigen Ressourcen und der strukturellen Voraussetzungen, die beantwortet werden müssen, bevor ein mit potentiellen Kooperationspartnerinnen und -partnern abgestimmtes Detailkonzept für die konkrete Umsetzung erstellt werden kann. Allerdings lassen sich grundsätzliche Aussagen treffen, die dem Stadtrat hiermit zur Entscheidung vorgelegt werden.

Notinseln, gute Feen, Kelly-Inseln, Schlupfwinkel, helfende Hände ... - unterschiedliche Namen, ähnliche Handlungsansätze

Zur Förderung einer kinderfreundlichen Stadtentwicklung unter Einbeziehung möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger wurden in den vergangenen Jahren hauptsächlich in Baden-Württemberg unter unterschiedlichen Namen ähnliche Konzepte für Städte und Gemeinden entwickelt. Sie haben zum Ziel, ein breites, möglichst flächendeckendes Netz von niederschweligen Hilfsangeboten für Kinder zu etablieren. Läden, Geschäfte, Handwerksbetriebe oder andere Einrichtungen stellen sich als Ansprechpartner zur Verfügung, damit Mädchen und Jungen in kleinen und großen Notsituationen Hilfe, Unterstützung und Zuflucht finden können. Diese Projekte heißen „Notinseln“, „Kelly-Inseln“, „Gute Fee“, „Die helfende Hand“ oder auch „Schlupfwinkel“ (nicht zu verwechseln mit dem „Schlupfwinkel“-Konzept für obdachlose Kinder und Jugendliche andernorts). Konzeptionell unterscheiden sich diese neuartigen, von Bürgerschaftlichem Engagement geprägten und weitgehend getragenen Anlaufstellen für Kinder nur wenig, wohl aber, was den Grad der Professionalisierung der begleitenden und teilweise betreuenden Stiftungen und Vereine, die bundesweite Verbreitung, die Einbettung in professionelle Präventions- und Hilfsangebote sowie die Sicherung der Nachhaltigkeit angeht.

Bei allen genannten Projektideen geht es darum, in der Kommune möglichst viele Anlaufstellen für Kinder zu finden, zu qualifizieren, dauerhaft zu etablieren und im Stadtbild deutlich sichtbar zu machen. Dorthin können sich Kinder wenden, wenn sie zum Beispiel eine Verletzung haben, wenn sie sich verirrt oder verlaufen haben, wenn sie in Not geraten sind, sich durch Gleichaltrige bedrängt fühlen oder von Erwachsenen bedroht und angegriffen werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der – meist kleineren – Läden, Geschäfte und anderen Anlaufstellen geben den Hilfe suchenden Kindern Priorität, gehen auf sie ein, halten einen Erste-Hilfe-Koffer, ein Telefon, eine Notrufnummer bzw. Notrufliste bereit und signalisieren: „Hier wird Dir geholfen! Wir sind für Dich da.“. Die Mitarbeitenden in den Läden und Anlaufstellen sind geschult und wissen, wie sie sich im Notfall

am besten verhalten sollen. Sie stehen für eine kinderfreundliche Stadtgesellschaft und praktizieren Kinderfreundlichkeit im Alltag.

Bei fast allen geprüften Angeboten ist im Laufe der Zeit eine Entwicklung gegenüber dem Ursprungskonzept feststellbar. Während anfangs der "Notfall" im Vordergrund stand, verlagern sich die Aktivitäten realiter mehr und mehr auf Angebote im Sinne einer kinder- und familienfreundlichen Stadtentwicklung: Hilfe und Unterstützung wird von den Nutzerinnen und Nutzern nicht in erster Linie bei drohender Gewalt abgerufen, sondern eher bei Alltagskummer und -problemen.

Schwerpunkte sowie Vor- und Nachteile der verschiedenen Konzepte

Notinseln

Bei den "Notinseln" handelt es sich um ein sehr ausgereiftes und in Deutschland weit verbreitetes Konzept, das stark professionalisiert ist. Bislang haben 60 meist kleinere Kommunen in Deutschland das Notinsel-Konzept aufgegriffen und umgesetzt. Es funktioniert nach einer Art Franchise-Strategie, die beteiligten Kommunen sind Vertragsnehmer der betreuenden Stiftung "Hänsel und Gretel" in Karlsruhe. Details zum Konzept sind nur bedingt öffentlich zugänglich aufgrund des Copyrights.

Jede Partner-Kommune, die "Notinseln" bei sich einführen will, benötigt eine feste Koordinationsstelle, die das Projekt anschiebt, koordiniert und danach für mindestens ein weiteres Jahr verlässlich begleitet. Unterstützt von der "Hänsel und Gretel"-Stiftung wird von der Partnerstadt ein Handlungskonzept erarbeitet, das von ihr eigenverantwortlich umgesetzt wird. Die Stiftung stellt – auf Wunsch – Materialien (wie Aufkleber, Broschüren, Handreichungen, Materialien für Schulen und Geschäfte, TV- und Kino-Spots, Einführungsvideo etc. (siehe Anlage 2) zum Selbstkostenpreis bereit, steht mit Beratung und Know-how zur Verfügung. Außerdem ist die Stiftung Partner in allen Phasen der sehr umfangreichen Öffentlichkeitsarbeit, die sich sowohl an Kinder als auch an Erwachsene richtet.

Unter einem einheitlichen Logo mit der Aufschrift "Notinsel – Wo wir sind, bist Du sicher." (siehe Anlage 3) erklären sich Einzelhandelsgeschäfte, Bäckereien, Metzgereien, Friseur, kleinere Supermärkte, Apotheken, Banken und viele andere bereit, Kindern zu helfen, wenn sie Hilfe benötigen. Jedes Notinsel-Partnergeschäft unterschreibt eine Selbstverpflichtung und erhält einen Aufkleber, der gut sichtbar für Kinder angebracht wird. Dazu erhalten sie eine Handlungsanweisung, die die regionalen Notrufnummern für die unterschiedlichsten Anliegen ausweist und den Mitarbeitenden erläutert, was im Notfall zu tun ist (siehe Anlage 4). Die Kinder bekommen im Laden die notwendige, kompetente, auch alltägliche Hilfe, ein Pflaster genauso wie den Zugang zu einem Telefon, aber auch Schutz vor den Bedrohenden, falls das erforderlich ist.

Das Netz an Notinseln in einer Kommune kann nicht lückenlos sein, muss es aber auch nicht, so die Initiatoren der Stiftung "Hänsel und Gretel". Allein das gehäufte Vorhandensein des Signets sei ein wichtiges Zeichen für Kinder und für das bürgerschaftliche Engagement der Partnergeschäfte.

Notinseln (so die Initiatoren):

- signalisieren Kindern "Wo wir sind, bist Du sicher!"
- bilden eine Front gegen potentielle Gewalt
- bieten Kindern die Möglichkeit, Hilfe zu finden, das macht ihnen Mut und stärkt sie
- regen Familie und Schule an, eigene Schutzstrategien zu entwickeln
- bedeuten ein positives gesellschaftliches Signal für Kinder und deren Belange
- bilden Solidarität von Politik, Wirtschaft, Schule sowie Bürgerinnen und Bürgern ab und sind sichtbare Zeichen gegen die Gleichgültigkeit gegenüber Kindern.

Es gibt bislang keine validen Evaluationen über die Wirksamkeit der "Notinseln" und ihre tatsächliche Nutzung durch Mädchen und Jungen. Erste Erkenntnisse resultieren meist aus punktuellen Befragungen der Partnergeschäfte, eine Übertragbarkeit auf München konnte deshalb auch nicht geprüft werden.

Eine Teilnahme am Projekt "Notinsel" ist für die beteiligten Geschäfte in der Regel kostenfrei. Einzelne Kommunen (wie beispielsweise Hamburg) erbitten jedoch eine "Eintrittsgebühr" (in Höhe von 50 bis 150 Euro) sowie möglicherweise auch Spenden.

Vorteile des Notinsel-Konzeptes

- Die Kampagne wird in vielen anderen Kommunen Deutschlands durchgeführt.
- Es besitzt einen gewissen Wiedererkennungswert für Kinder und Erwachsene (auch aus anderen Städten), der jedoch nicht überbewertet werden darf, da es kein flächendeckendes Netz von Notinseln in Deutschland gibt.
- Es entstehen für die Kommune geringere Entwicklungskosten als wenn sie ein eigenes Konzept entwickeln würde, Partner und Partnerinnen profitieren vom Gesamtsystem und den Erfahrungen der Stiftung sowie der anderen Partnerstädte (zumeist kleinere Städte und Gemeinden), aber auch Hamburg, Bochum, Mannheim, Ulm, Ludwigsburg, Kaiserslautern (jeweils stadtweit) oder Berlin (einzelne Bezirke), in Bayern derzeit der Landkreis Aschaffenburg).
- Eine Beteiligung der Partnerstädte ist bei der Weiterentwicklung des Projektes möglich (die Gestaltungsfreiräume sind allerdings sehr begrenzt, s.u.).

Nachteile des Notinsel-Konzeptes

Gegen das Konzept der Notinseln sprechen unseres Erachtens:

- Der Franchise-Vertrag mit der Stiftung "Hänsel und Gretel" bedeutet eine Festlegung auf das Konzept der "Notinseln" über einen längeren Zeitraum, auch dann, wenn sich das Konzept in München nicht bewähren sollte.
- Es gibt keine Abwandlungsmöglichkeiten von Namen und Logo, wenn sich München als Partnerkommune vertraglich bindet. Die Möglichkeiten, münchenweit mit hohem Wiedererkennungswert und somit erhöhter Identifikation als "München – Kinder und Familienstadt" präsent zu sein, sind sehr gering. Neben dem Corporate Design von "München – Kinder- und Familienstadt" müsste zusätzlich eine neue "Marke" "Notinsel" etabliert werden.
- Unseres Erachtens signalisiert ein gehäuftes Auftreten des Namens "Notinsel" im Münchner Stadtbild, dass es viele Gefahren gibt, gegen die Mädchen und Jungen geschützt werden müssen. Eine Namensfindung, die einerseits klar und eindeutig kommuniziert, was gemeint ist, gleichzeitig aber an den Stärken und nicht an den Schwächen der Kinder ansetzt, erscheint uns dagegen sehr wichtig. Nicht das Thema "Not" sollte gehäuft kommuniziert werden, sondern die Themen "kinderfreundliche Stadt" sowie "Unterstützung/Partner der Kinder".
- Das Logo der "Notinseln" wird als nicht sehr ansprechend und nicht eindeutig in der Aussage eingeschätzt (siehe Anlage 3).
- Außerdem sind im Konzept der "Notinseln" die flankierenden Maßnahmen und die Integration in bereits vorhandene, professionelle Hilfenetze nicht ausreichend fundiert fest geschrieben und lokal differenziert.
- Nach den uns vorliegenden Auswertungen ist zudem der Gestaltungsspielraum der Kommune nicht besonders groß, wenn es um Abwandlungen des Konzeptes zur Anpassung an kommunale Gegebenheiten geht.

Kelly-Inseln

Auf eine Initiative mehrerer Partnerorganisationen in Esslingen und Filderstadt wurde das Projekt der "Kelly-Inseln" ins Leben gerufen, das 2005 mit dem Deutschen Förderpreis Kriminalprävention ausgezeichnet wurde. Name und Logo der "Kelly-Insel" wurden gewählt, weil sich die grafische Darstellung einer Insel in Verbindung mit einer Polizei-Kelle auch für das kindliche Symbolverständnis anbot (siehe Anlage 5). Das Konzept der "Kelly-Inseln" ist eng gekoppelt mit einem Präventionsprojekt "Ich sage Halt!".

Um den Beratungs- und Unterstützungsbedarf, den landes- und bundesweit viele Kommunen an den Kelly-Inseln bekundet haben, abdecken zu können, wurde 2005 der Verein Kelly-Insel e.V. gegründet.

Die Kelly-Inseln zielen ähnlich wie die Notinseln darauf ab, ein möglichst flächendeckendes und lückenloses Netz von Anlaufstellen aufzubauen und zu festigen, in denen Kinder, die auf ihren Alltagswegen in eine Gefährdungs- oder Notsituation geraten, Hilfe und Unterstützung finden.

Mit dem gut sichtbaren Aushang des Logos "Kelly-Insel" erklären die Initiatoren und die beteiligten Partner (beispielsweise Einzelhändler, Gewerbebetriebe, kirchliche Einrichtungen, öffentliche Einrichtungen) ihre Bereitschaft, allen Mädchen und Jungen als Ansprechpartner und Verbündete zur Verfügung zu stehen, sie durch Rat und Tat zu unterstützen und offen zu sein für die großen und kleinen Probleme, Sorgen und Nöte. Hilfe wird durch ein Telefonat mit den Eltern, der Schule oder der Polizei geleistet oder Schutz im Ernstfall geboten.

Die Kelly-Inseln sind in den (allerdings in der Regel überschaubaren) Partnerkommunen gut in das örtliche Hilfsangebot eingebunden. Besonders wichtig ist die enge Kooperation mit Schulen und anderen Institutionen, in denen sich Kinder aufhalten oder betreut werden.

Kosten entstehen für die Partner der Kelly-Inseln vor Ort nicht, Spenden sind erwünscht.

Vorteile des Projektes "Kelly-Inseln":

- Nach unseren Recherchen gibt es kein "Franchise-Konzept", das heißt, eine Partnerkommune ist nicht verpflichtet, Name, Logo oder Erscheinungsbild zu übernehmen, auch konzeptionelle Vorgaben gibt es nicht. Konzept-Abwandlungen sind möglich.
- Der Verein bietet Hilfe bei der Einführung eines ähnlichen Konzeptes.
- Eine gute Einbindung in das kommunale professionelle Präventions- und Hilfsangebot ist konzeptionell vorgesehen, muss allerdings für München erst aufgebaut werden.
- Namensgebung und Gestaltung sind "neutral" und nicht angstbesetzt, sind allerdings auch in diesem Fall unseres Erachtens nicht selbsterklärend und kindgerecht und somit gleichzeitig von Nachteil.
- Das Logo symbolisiert nicht vordergründig und allgegenwärtig "Gefahr!".

Nachteile des Projektes Kelly-Inseln:

- Deutlich geringerer Verbreitungsgrad und damit deutlich geringerer Wiedererkennungswert.
- Logo und Corporate Design sind nicht selbsterklärend.
- Partner in anderen Kommunen müssen Öffentlichkeitsmaterialien und Konzept weitgehend selbst entwickeln, d.h. es entstehen höhere Entwicklungskosten als beispielsweise für die Umsetzung des "Notinsel"-Konzeptes.

Aktion "Die gute Fee"

In der Gemeinschaftsinitiative "Aktion Gute Fee" arbeiten in Bamberg (nach Stuttgarter Vorbild) das Stadtjugendamt, der Deutsche Kinderschutzbund, das Stadtmarketing sowie die Familienbeauftragte der Stadt Bamberg zusammen. In allen Partnerstädten der "Guten Fee" in Deutschland (rund zehn Städte) und in der Schweiz läuft die Aktion unter gleichem Namen und einheitlichem Logo: ein Kindergesicht mit einer großen Hand (siehe Anlage 6).

Die beteiligten rund 50 Geschäfte und Unternehmen (neben Läden auch Ärzte, Apotheken, Cafés und Gaststätten) in Bamberg verstehen sich als Stützpunkte für Notfälle im Alltag von Kindern, die für "Geborgenheit und Sicherheit", aber auch für "ein gutes soziales Klima" eintreten. Sie erklären sich bereit, "7 goldene Regeln" zu erfüllen. Dazu gehört, dass

- Hilfe suchende Kinder immer Priorität haben
- alle Mitarbeitenden der Aktion gegenüber offen sind
- eine Toilette für Kinder vorhanden ist
- ein Telefon bei Bedarf zur Verfügung gestellt werden kann und mit einer Notfall-Telefon-Liste versehen ist
- ein Erste-Hilfe-Pflaster-Set griffbereit liegt
- der Aufkleber "Gute Fee" deutlich sichtbar am Eingang aufgehängt wird.

Eine Teilnahme der Geschäfte an der Aktion "Gute Fee" ist kostenlos, Spenden sind erwünscht. Beteiligte Partner vor Ort werden in einer Broschüre benannt, ebenso die Sponserinnen und Spender.

In Stuttgart wurde die "Aktion Gute Fee" gegründet als "Sicherheitspartnerschaft zwischen der Stuttgarter Bevölkerung, der Polizei und dem Rathaus im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention", damit Stuttgart "noch lebenswerter und kinderfreundlicher wird". Nach bisherigen Recherchen gibt es keine einheitlichen Vorgaben, wie die "Aktion Gute Fee" in das vorhandene Präventions- und Hilfsnetz der beteiligten Kommunen einzubinden ist.

Vorteile der Aktion "Die gute Fee"

- Das Logo hat einen gewissen Wiedererkennungswert, wenn dieser auch deutlich geringer ist als bei den "Notinseln".
- Der Name ist ansprechend und kindgerecht, aber auch nicht unbedingt selbsterklärend und frei von Verwechslungsmöglichkeiten.

Nachteile der Aktion "Die gute Fee"

- Partner in anderen Kommunen müssen Konzept und Öffentlichkeitsmaterialien weitgehend selbst entwickeln, d.h. es entstehen höhere Entwicklungskosten als beispielsweise für die Umsetzung des "Notinsel"-Konzeptes.
- Eine Einbettung in kommunale professionelle Präventions- und Hilfsangebote ist nicht oder nur teilweise konzeptionell vorgesehen.

Aktion "Die helfende Hand"

Seit Anfang 2004 findet man an Geschäften in Darmstadt und Umgebung das Symbol einer lachenden, gelben Hand (siehe Anlage 7). Dieses Symbol soll den Mädchen und Jungen auf ihren Wegen mehr Sicherheit signalisieren, um alltägliche Hindernisse und kritische Situationen besser bewältigen zu können. Den Kindern soll Mut gemacht werden, sich gefahrlos Hilfe zu holen, wenn sie durch große Baustellen irritiert sind, durch gefährliche Hunde oder von älteren Kindern bedroht oder von Erwachsenen belästigt werden.

Der Zugang zu diesem Signet ist deutlich schwieriger als bei den bereits erwähnten Modellen und kann nicht selbst beantragt werden, sondern wird persönlich von projektbeteiligten Erzieherinnen und Erziehern, Lehrerinnen und Lehrern oder anderen Vertrauenspersonen, die im direkten Kontakt mit Kindern stehen, verliehen. Die Projektidee wird in Darmstadt von Stadtteil zu Stadtteil umgesetzt. Die Pädagoginnen und Pädagogen sind von einer flankierenden Arbeitsgruppe beauftragt, bekannte und Vertrauen erweckende Läden aufzusuchen, die ihrer Meinung nach auf dem Schul- und Heimweg der Kinder wichtig sind. Sie stellen dort ihre Idee vor und bitten um Beteiligung am Projekt. Cafés, Kneipen werden nicht ausgewählt, da dort entweder sehr viele Fremde (aus der Perspek-

tive der Kinder, wie auch der Betreiberinnen und Betreiber) ein- und ausgehen, große Supermärkte sind ebenfalls nicht dabei, weil sie für Kinder zu anonym und unübersichtlich sind und das Personal häufig wechselt. Aber auch Arztpraxen dürfen das Symbol der helfenden Hand nicht tragen, da sie nach Meinung der Verantwortlichen häufig in Wohnungen untergebracht sind, die von vielen Kindern nicht von Privatwohnungen zu unterscheiden sind.

Vorteile des Konzeptes “Die helfende Hand”:

- Das Konzept baut auf persönlichen Empfehlungen und großen Vor-Ort-Kenntnissen auf und ist somit in einer Großstadt unter Umständen etwas besser überprüfbar als andere Konzepte.
- Es gibt keine vertraglichen Festlegungen, das Konzept kann abgewandelt und den kommunalen Gegebenheiten angepasst werden.
- Name und Logo sind eindeutig in der Aussage und für Kinder nachvollziehbar.

Nachteile des Konzeptes “Die helfende Hand”

- Partner in anderen Kommunen müssen Öffentlichkeitsmaterialien und Konzept weitgehend selbst entwickeln, d.h. es entstehen höhere Entwicklungskosten als beispielsweise für die Umsetzung des “Notinsel”-Konzeptes.
- Sehr kleinräumig orientiert, d.h. für eine Millionenstadt wie München nur schwer adaptierbar, höchstens auf Stadtteil- oder Stadtbezirksebene.

Prüfung der Übertragbarkeit auf München

Alle vorgestellten Konzepte haben individuelle Vorteile, aber auch Schwachstellen, die sich möglicherweise in einer Großstadt stärker bemerkbar machen oder unter Umständen hier besonders riskant sind:

- Das Anwerben, Überprüfen und Pflegen der “Insel”-Partner stellt einen erheblichen Aufwand dar, der durch die Anonymität in der Großstadt in dem notwendigen Umfang nur dann zu bewältigen ist, wenn dafür ausreichend und genügend geschultes Personal sowie ansprechende Materialien zur Verfügung stehen. Die große Zahl von Partner-Inseln mit einer Vielzahl (möglicherweise häufig) wechselnden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie (möglicherweise oft) wechselnden Einzelhandelsgeschäften müsste in regelmäßigen Abständen erneut geschult und informiert werden, um sicher zu stellen, dass sie der damit verbundenen Verantwortung gegenüber Hilfe suchenden Kindern gerecht werden.

- Eine flächendeckende Einführung von Notinseln oder einem analogen Konzept in München würde die Anbindung an das bestehende Hilfsnetz zumindest für schwerwiegende Krisen und Notfälle voraussetzen. Es ist Mitarbeitenden in Läden und Geschäften, noch dazu wenn sie von Kundinnen und Kunden umgeben sind, nicht zuzumuten, erst zu recherchieren, wer genau zuständig ist und dann möglicherweise niemanden zu erreichen. Hilfe muss statt dessen schnell, unbürokratisch und unkompliziert gerufen werden können, sobald die Möglichkeiten der jeweiligen "Insel" ausgeschöpft sind.
- Von "Insel"-Partnern können selbst Gefahren ausgehen (über ein Beispiel wurde aus Chemnitz berichtet, wo ein rechtsradikaler Verein mit Ladenlokal offiziell Partner wurde), nicht immer kann flächendeckend, ausreichend und kontinuierlich überprüft werden.
- Das Logo kann durch Unbefugte missbraucht werden, ohne, dass das den Projektverantwortlichen (rechtzeitig) bekannt wird.
- Gefahren (wie sexuelle oder gewalttätige Übergriffe) gehen häufig nicht – was möglicherweise die "Notinseln" suggerieren - von "Fremden" aus, sondern von "Vertrauenspersonen" aus dem Nahbereich, zu denen die Mädchen und Jungen anfänglich oft eine gute Beziehung haben. Die Mitarbeitenden in den "Inseln" müssten geschult werden, um darauf angemessen reagieren zu können, Schnittstellen zum professionellen Präventions- und Hilfesystem müssen eindeutig definiert werden.
- Es entsteht besonders am Anfang ein hoher Aufwand für die Einführung und Betreuung der "Inseln". Personal- und Sachmittel fallen an, auch wenn sich die Idee nicht flächendeckend durchsetzen lassen kann, kaum nachgefragt wird und/oder nicht bewährt. In München käme noch ein hoher stadtteilbezogener Koordinierungsaufwand (neben der zentralen Koordination) dazu.

Schlussfolgerungen aus dem Vergleich der unterschiedlichen Konzepte

Keines der genannten Konzepte wird derzeit präferiert. Statt dessen wird dafür plädiert, die Möglichkeiten einer Adaption für München detailliert zu prüfen, auch unter dem Aspekt der erwarteten Kosten und Nutzen. Ein Münchner "Insel"-Konzept sollte in das Konzept der frühen Hilfen und in vorhandene Präventionsangebote eingebettet sein. Neben einem Schutz von Kindern in Not- und Bedrohungssituationen sollte der Aspekt "kinderfreundlicher Stadtteil" stärker heraus gestellt werden als bei den vorgestellten Konzepten und niederschwellige Schutzmöglichkeiten und einfache Hilfeleistungen sowohl im privatwirtschaftlichen wie auch im öffentlichen Raum beinhalten. Auch sollten geeignete Materialien für Kinder und Erwachsene entwickelt werden, die genau aufzeigen, wie vorge-

gangen werden kann, wenn sich ein Kind in einer Notlage befindet. Diese Art "Notfall-Ab-
laufplan" wurde 2007 vom Arbeitskreis Kinderschutz initiiert, wartet jedoch noch auf eine
Umsetzung, da erforderliche Rahmenbedingungen noch nicht geklärt sind.

Es wird davon ausgegangen, dass für die Entwicklung einer Corporate Identity und für
das Herstellen geeigneter Begleitmaterialien sowie von Schulungsmodulen Sponsoren
und Unterstützer zu finden sind, so dass das Projekt nicht allein von der Stadt getragen
werden muss. Anfänglich müssen jedoch Personalressourcen und eine Anschubfinanzie-
rung für mindestens zwei Jahre gewährleistet werden.

Notwendige Ressourcen

Notwendige Personalressourcen: Die "Notinsel"-Initiatoren schätzen, dass ein Perso-
nalbedarf von rund 20 Wochenstunden für die konzeptionelle Entwicklung und Koordinati-
on bis zur Einführung von "Notinseln" entsteht, für die Einführung eines eigenen Konzep-
tes sicher eher mehr. Für die weitere Betreuung und Sicherung der Nachhaltigkeit sowie
flankierende Maßnahmen und "Projekte" werden von der Stiftung "Hänsel und Gretel"
kontinuierlich rund 10 bis 15 Wochenarbeitsstunden veranschlagt. Diese Berechnung hal-
ten wir für deutlich zu niedrig gegriffen, wenn in der Großstadt München ein "Insel"-Sys-
tem flächendeckend eingeführt und aufrecht erhalten werden soll. Realistisch erscheint
eine kontinuierliche Personalausstattung von einer halben Stelle (19,25 Wochenarbeits-
stunden in der Entgeltstufe 9 TÖVD, rund 27.510,- €), die allerdings nach einem gewis-
sen Zeitraum (ein Jahr nach der Etablierung, also frühestens Ende 2010) an einen freien
Träger übergeben werden könnte. Eine Finanzierungssicherheit sollte für einen Zeitraum
von gut zwei Jahren bis Ende 2010 bestehen, um nach der Einführungsphase und der Si-
cherung der Nachhaltigkeit auf professionellem und sicherem Niveau erneut dem Stadtrat
zu berichten. Bei dieser einzurichtenden Stelle handelt es sich um eine Querschnittsfunk-
tion ohne direkten Produktbezug.

Notwendige Sachmittel: Zusätzlich entstehen Kosten für das Erstellen und Verbreiten
der notwendigen Öffentlichkeitsmaterialien sowie für die Erstellung und Begleitung von
Schulungsmodulen für die Partner. Für die Einführung von 250 "Inseln" werden von der
Stiftung "Hänsel und Gretel" rund 6.000,- € (einmalig) veranschlagt, nach diesem Start
verringern sich die Kosten prozentual. Um die "Inseln" im Stadtbild sichtbar werden zu
lassen, gehen wir von mindestens 1.000 Inselpartnern in München aus und von benötig-
ten Sachmitteln in Höhe von mindestens 20.000 € als Anschubfinanzierung (einmalig).
Die Finanzierung erfolgt aus dem Budget des Sozialreferates/Stadtjugendamt bei Finanz-
position 4642.701.0000.9.

Notwendige strukturelle Voraussetzungen

Mögliche Partnerorganisationen

Es wurde in München bei möglichen Kooperationspartnerinnen und -partnern angefragt, ob und wie sie sich eine Zusammenarbeit vorstellen können. Sehr positive Resonanz kam von einer Großbäckerei mit rund 140 Filialen, Unterstützung fand die Idee ebenfalls beim Aktionsforum Familie (dem u.a. die IHK angehört) sowie bei der Handwerkskammer für München und Oberbayern und beim städtischen Liegenschaftsamt, das sich bei Vertragsnehmern stark machen würde (siehe Anlage 8).

Fazit

Das Sozialreferat schlägt vor, bis zum Frühjahr 2009 ein mit potentiellen Kooperationspartnerinnen und -partnern abgestimmtes Detailkonzept zu entwickeln und im Laufe des Jahres 2009 umzusetzen, mit dem Ziel mindestens 1.000 "Kinderinseln" (Arbeitstitel) in München zu etablieren. Dadurch sollen analog zum Konzept der "Notinseln" stadtweit niederschwellige Anlaufstellen für Kinder aufgebaut werden, wo sie auf ihren Alltagswegen in Läden und bei anderen Dienstleistungsunternehmen schnell Hilfe und Unterstützung finden, sowohl bei kleinen Nöten als auch bei drohender Gefahr. Diese "Kinderinseln" sind Teil der gesamtstädtischen Strategie für mehr Kinderfreundlichkeit. Bürgerschaftliches Engagement im Rahmen einer kinder- und familienfreundlichen Stadtentwicklung Münchens wird so ermöglicht und gezielt gefördert. Ein detailliertes Finanzierungskonzept unter Einbeziehung von Spenden- und Sponsorenleistungen wird erstellt, als Anschubfinanzierung werden neben den notwendigen Personalmitteln (s.o.) auch Sachmittel in Höhe von 20.000 Euro (einmalig) bereit gestellt.

Mädchen und Jungen sollen auf ihren Wegen künftig besser geschützt sein, sich sicherer fühlen und im Notfall oder bei Bedrängnis schnell und unkompliziert Hilfe bekommen. Das "Kinderinsel"-Projekt soll eine sinnvolle Ergänzung des professionellen Präventions- und Hilfeangebots bieten. Es wird empfohlen, dieses Projekt in Zusammenarbeit mit dem "Aktionsforum für Familien" umzusetzen. Die Federführung liegt beim Sozialreferat/Stadtjugendamt.

Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Dem Korreferenten, Herrn Stadtrat Benker, der Stadtkämmerei, der Frauengleichstellungsstelle und dem Sozialreferat / Stelle für interkulturelle Arbeit ist ein Abdruck der Sitzungsvorlage zugeleitet worden.

II. Antrag des Referenten

1. Das Sozialreferat wird beauftragt, ein mit potentiellen Kooperationspartnerinnen und -partnern abgestimmtes Detailkonzept für die Umsetzung eines flächendeckenden Netzes von "Kinderinseln" als niederschwellige Anlaufstellen in München zu entwickeln und dies dem Stadtrat Anfang 2009 zur Beschlussfassung vorzulegen. Mit der Umsetzung des Konzeptes soll 2009 begonnen werden.
2. Ein solches Netz von "Kinderinseln" soll vorwiegend auf bürgerschaftlichem Engagement im Rahmen einer kinder- und familienfreundlichen Stadtentwicklung beruhen. Das Aktionsforum für Familien ist darin eingebunden.
3. Das POR wird gebeten, im Benehmen mit dem Sozialreferat die erforderliche $\frac{1}{2}$ Stelle der Entgeltgruppe E9 befristet bis zum 31.12.2010 einzurichten und die Stellenbesetzung in die Wege zu leiten. Das Sozialreferat wird beauftragt, die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 27.510 € pro Jahr entsprechend der Besetzung der Stelle im 2. Nachtragshaushalt 2008 (KST 20200030) sowie im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2009 zusätzlich anzumelden. Bei dieser einzurichtenden Stelle handelt es sich um eine Querschnittsfunktion ohne direkten Produktbezug. Die Mittel sind bei Finanzposition 4070.490.0000.0 einzustellen. Die notwendigen Sachmittel in Höhe von einmalig 20.000,- € werden aus dem Budget des Sozialreferates/Stadtjugendamt finanziert und stehen auf der Finanzposition 4642.701.0000.9 bereit.
4. Der Antrag Nr. 02-08 / A 03948 der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen/RL vom 19.09.2007 ist geschäftsordnungsgemäß behandelt.
5. Der Antrag Nr. 02-08 / A 04109 von Herrn Stadtrat Josef Schmid vom 11.12.2007 ist geschäftsordnungsgemäß behandelt.
6. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss

nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München
Kinder- und Jugendhilfeausschuss

Die Vorsitzende

Der Referent

Christine Strobl
Bürgermeisterin

Friedrich Graffe
Berufsm. Stadtrat

IV. Abdruck von I. mit III.

über den Stenografischen Sitzungsdienst
an das Direktorium - Dokumentationsstelle
an die Stadtkämmerei
an das Revisionsamt
an die Frauengleichstellungsstelle
z. K.

V. Wv. Sozialreferat

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

2. **An das Schul- und Kultusreferat**
An das Referat für Arbeit und Wirtschaft
An das Referat für Gesundheit und Umwelt
An das Sozialreferat, S-III-M
z. K.

Am

I.A.